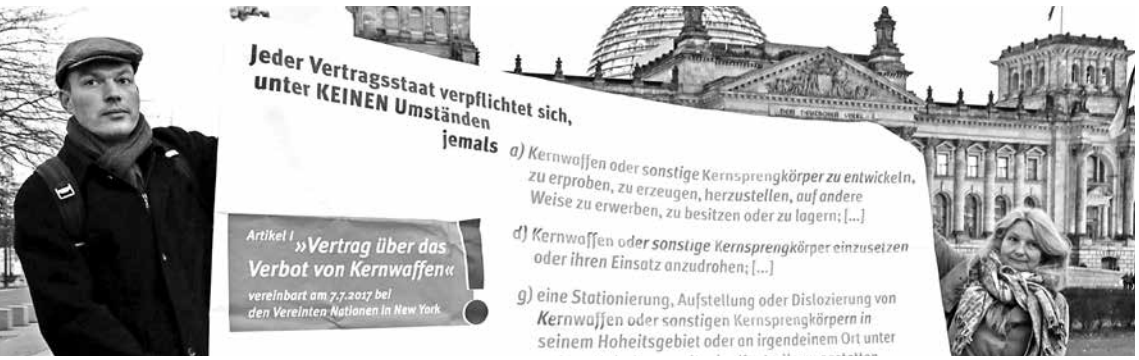
FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2017
16. Jahrgang



Einsatz für den Atomwaffenverbotsvertrag Foto: Kampagne Büchel ist überall

Die nukleare Schizophrenie überwinden

„Länder mögen durch den Besitz von Atomwaffen nach Sicherheit streben oder ihr internationales Ansehen verbessern, den Wohlstand ihrer Bevölkerung erhöhen und die Hoffnung der Menschen auf eine bessere Zukunft nähren wollen, doch können Rüstungsprogramme dies nicht bieten. Es gibt viel bessere, bewährte Wege für Staaten, ihr Ansehen zu begründen und zu vergrößern, wie beispielsweise durch die Verbesserung der internationalen Handelsbeziehungen, die Einhaltung internationaler Standards und Abkommen, sowie die Beteiligung an humanitären Maßnahmen."

Diesen Satz sagte kein Friedensforscher, sondern der US-Außenminister Rex Tillerson. Doch sein Präsident denkt im vollkommenen Gegensatz zu solchen Einsichten. Donald Trump schwärmt über die Atomwaffen. *„Wir werden an der Spitze des Rudels stehen"*, twitterte er letztes Jahr. Tillerson widersprach sich selbst dann in der gleichen Rede. Er betonte: *„Die Vereinigten Staaten sind heute nicht nur zum Schutz ihrer eigenen Sicherheitsinteressen auf atomare Abschreckung angewiesen, sondern auch zum Schutz ihrer Bündnispartner."* Das ist schizophren. Der Appell ist nur nach außen gerichtet und dokumentiert die doppelten Standards des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages.

Aufrüstung statt Abrüstung

Abrüstungsverträge sind dem US-Präsidenten lästig. So bezeichnete Trump den New-START-Vertrag, als ein *„einseitiges Geschäft"* zum Vorteil Russlands. Damit schlug er das russische Angebot die Laufzeit um fünf Jahre zu verlängern aus. Jüngst soll er bei einer Sitzung im Weißen Haus eine Verzehnfachung des US-Atomwaffenbestandes als sinnvoll bezeichnet haben.

Im US-Kongress wachsen die Sorgen. Der demokratische Senator Chris Murphy erklärte: *„Wir bangen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten so instabil, so unberechenbar ist und seine Beschlüsse auf so abenteuerliche Weise fällt, dass er einen Atomschlag befehlen könnte, der Amerikas Interessen krass zuwiderläuft."* Er hat Gesetzesentwürfe eingebracht, welche die Entscheidungsbefugnisse des Präsidenten einschränken. Im Auswärtigen Ausschuss lehnten Experten dies ab, weil sie die Abschreckung schwächen könnten. Robert Kehler, früher Kommandeur des Strategic Command, versuchte zu beruhigen. Das Militär folge nicht blind Befehlen. Können wir soviel Vertrauen in die auf Gehorsam gedrillten Soldaten haben? Nicht jeder ist ein Stanislaw Petrov, der 1983 einen von der russischen Satellitenüberwachung gemeldeten US-Atomangriff als Fehlalarm einstufte, und sich weigerte die Nachricht weiterzuleiten.

Würde US General Nein sagen?

John Hyten, der aktuelle Kommandeur des Strategic Command bestätigte die Aussage seines Vorgängers, am 18.11. auf einem Sicherheitsforum in Kanada. Er berate den Präsidenten, der ihm dann sage, was er zu tun habe. *„Was glauben Sie was passieren würde, wenn es etwas Illegales ist? Dann werde ich ihm sagen, 'Herr Präsident, das ist illegal'."* Dann würde über Alternativen diskutiert werden, sagte Hyten. Das US-Verteidigungsministerium nahm zu der Aussage bisher nicht Stellung.

Sagt Nein

Um die Gefahr zu überwinden, braucht es Menschen auf allen Ebenen, die *„Nein"* sagen zu den nuklearen Massenvernichtungswaffen. In der Zivilgesellschaft tun dies alle, die bis hin zum zivilen Ungehorsam gegen die Atomwaffen protestieren. Auf internationaler Ebene haben das die Vertreter von 122 Staaten getan, die den Atomwaffenverbotsvertrag trotz des Widerstands der Atommächte unterzeichneten. Im kommenden Jahr müssen wir wieder in Büchel unser *„Nein"* deutlich machen. **Wolfgang Schlupp-Hauck**

In diesem Heft

Foto ICAN

ATOMWAFFENVERBOT ODER ATOMKRIEG? WOHIN GEHT DER WEG?

30 Jahre INF-Vertrag
Ein Pfeiler der Abrüstung wankt,
Seiten 3 und 4

Im Blick: Preise und Verurteilungen
Ehrungen und Gerichtsprozesse für das Friedensengagement
Seite 2 und Seite 5–8

40 Jahre ORL
Die ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben feierte in Mutlangen mit einem Friedensweg
Seite 9

Foto: Pressehütte

60 Jahre
Kreativ und unerschrocken für Gewaltlosigkeit: Wolfgang Schlupp-Hauck wird 60 Jahre alt
Seite 10 und 11

General Hyten will einen atomaren Angriffsbefehl nicht blindlings ausführen. Foto: US gov

Pressehütte

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

Nobelpreisträger begleiten unsere Arbeit für eine Welt ohne Atomwaffen.

1983 saßen zwei Literaturnobelpreisträger mit uns vor den Toren des Mutlanger Atomwaffendepots: Heinrich Böll und Günter Grass. Die Ärzteorganisation IPPNW, deren Geschäftsführer Till Bastian in unserem Vorstand war, bekam 1985 den Friedensnobelpreis.

Der Hoffnungsträger Barack Obama wurde 2009 damit geehrt. Sein anfänglicher Glanz ging leider schnell verloren, die Ratifizierung des New Start Vertrages erkaufte er mit der Zustimmung zur Finanzierung der technischen Aufrüstung der B61-Atombomben. Er forcierte die tödlichen Drohneneinsätze.

Ich saß im Zug, als das Handy klingelte und eine Freundin mir zum Friedensnobelpreis gratulierte. Mir ging durch den Kopf: Hatten wir am Anfang nicht inhaltliche Differenzen mit ICAN wegen des in unserem internationalen Netzwerk nicht abgesprochenen Schwenks von der Atomwaffenkonvention zum Verbotsvertrag? Ist es gut, mit einem Kriegsführer in einer Reihe zu stehen? Die Freude war deshalb zunächst nicht ungetrübt, doch dann wuchs sie.

Die Meldungen in der Presse brachten auch Büchel und den Atomwaffenverbotsvertrag in die Schlagzeilen, mehr als unsere Aktionen und mehr als die Unterzeichnung durch 122 Staaten.

Über die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“ wird die Pressehütte als Partner von ICAN mitgeehrt. Ja, es gilt den Schwung aus der Preisverleihung aufzugreifen.

So wünsche ich Euch allen einen guten Jahreswechsel und Energie für den Einsatz für die Abschaffung der Atomwaffen.

Mit friedlichen Grüßen

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Blitzlichter zur 9. Generalversammlung der Mayors for Peace

Unter den 200 internationale Mitglieder haben Thomas Hermann, Bürgermeister und Ratsvorsitzender aus Hannover, begleitet von Evelyn Kamissek, Roland Kern, Bürgermeister aus Rödermark (bei Frankfurt) und Christian Schuchardt, Oberbürgermeister von Würzburg, teilgenommen. Die Generalversammlung fand vom 07. bis 10. August 2017 in Nagasaki statt.

Traditioneller Empfang zur Eröffnung der Generalversammlung [Foto: WSH]

Informationsstand zum Kunstprojekt [Foto: Kamissek]

Den Fokus erweitert

Die Zielsetzungen des Action Plan 2017 – 2020 wurden erweitert. Neu sind Handlungsempfehlungen, die das Eingehen auf globale Problemlagen, die den Frieden bedrohen, wie Terrorismus, Flüchtlingskrise, Armut, Hungersnot, Gewalt, Diskriminierung, Zerstörung der Umwelt usw. ermöglichen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Friedenserziehung der jungen Generation auf lokaler Ebene umzusetzen. Die Überlebenden des Atombombenabwurfs (hibakusha) sollen ihre Erfahrungen in Zeitzeugeninterviews via Skype an junge Menschen weitergeben.

Den Atomwaffenverbotsvertrag unterstützen

Die Versammlung verabschiedete den Nagasaki-Appell und es wurde eine Unterschriftensammlung gestartet- Mit beidem wird der Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt.

Für das Kunstprojekt geworben

Neben der Konferenz lag das Augenmerk der deutschen Delegation auf dem Internationalen Kunstprojekt *„50 Cities - 50 Traces“* (50 Städte - 50 Spuren), das mit einem eigenen Stand und einer Präsentation der Öffentlichkeit gezeigt wurde. Die Künstlerin Klaudia Dietewich, der Koordinator Raimund Menges und der friedenspolitische Berater Wolfgang Schlupp-Hauck präsentierten das Projekt.

Bisher haben sich 20 deutsche und drei europäische Städte (Manchester, Poznan, Ypern) als Ausstellungsorte zwischen 2018 und 2020 bereit erklärt. Ziel war es, weitere Mayors for Peace Mitglieder für die Wanderausstellung zu gewinnen. Der Ausstellungsstand erfreute sich großer Resonanz und überaus positiver Kommentare. Im Laufe der Konferenz haben sich einige internationale Städte (u. a. Montréal, Mexico City) sehr interessiert gezeigt. **Weitere Informationen: www.mayorsforpeace.de**

Friedensaktivisten der Kampagne "Büchel ist überall. atomwaffenfrei.jetzt", haben am 13. November mehr als 43.000 Unterschriften für den Abzug der US-Atomwaffen und einen Beitritt Deutschlands zum Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen an Cem Özdemir und Agniezska Brugger übergeben. Damit sollte den Grünen in den Sondierungsverhandlungen der Rücken gestärkt werden gegenüber FDP und CDU/CSU, die beim Thema "Atomare Abrüstung" blockieren. Die beiden Mitglieder der Sondierungsgruppe nahmen die Unterschriften entgegen und versprachen, sich bei den Verhandlungen für die Forderungen einzusetzen. [Foto: Kampagne]

Wir gratulieren zum Nuclear-Free-Future-Award

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Initiative *„ausgestrahlt“* hat den Nuclear-Free-Future-Award bekommen. Der Preis ehrt seit 1998 weltweit Menschen, die sich für eine Zukunft frei von Atomkraft und Atomwaffen einsetzen. Für Jochen gilt beides. Von 1985 bis 1988 war er in der Pressehütte aktiv. Er organisierte die Raketenverfolgung und Manöverblockaden. Danach zog er ins Wendland. Die Mutlanger Erfahrungen mit zivilem Ungehorsam nutze er für die Castor-Blockaden. Das für *„X-tausendmal quer“* von Jochen mitentwickelte Mobilisierungs- und Blockadekonzept führt zu den größten und längsten Sitzblockaden in der Geschichte der Anti-Atom-Bewegung. Die Castor-Transporte konnten teilweise mehrere Stunden aufgehalten werden. Heute ist er weiter aktiv, denn trotz des nach Fukushima beschlossenen Atomausstiegs ist für ihn *„jeder Tag an dem noch Atomkraftwerke laufen, einer zuviel.“*

Gute Stimmung bei der Vertragsunterzeichnung Foto: US Gov

30 Jahre INF-Vertrag: Nicht nur Grund zum Feiern

Durch den INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty), den US-Präsident Ronald Reagan und der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschov am 8. Dezember 1987 unterzeichneten, wurde Mutlangen atomwaffenfrei. Er verbietet den beiden Vertragsparteien landgestützter Mittelstreckenwaffen. Das Ziel der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung war erreicht." Der 30. Jahrestag ist der Vertragsunterzeichnung ist ein Grund zum feiern. Aber die USA und Russland beschuldigen sich seit einiger Zeit gegenseitig, den Vertrag über das Verbot zu verletzen.

Als wir im letzten Jahr mit dem internationalen Workcamp die russische Botschaft in Berlin besuchten, erfuhren wir, dass Russland den USA vorwirft, dass die in Osteuropa stationierten Raketenabwehrsysteme auch offensiv genutzt werden können. Die USA würden ihre Vorwürfe nicht konkretisieren. Dies hat sich inzwischen geändert.

Dr. Oliver Meier, der stellvertretende Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik hat die Auseinandersetzung analysiert und bewertet. Wir veröffentlichen eine Zusammenfassung:

Vorwürfe der Vertragsverletzung

Ende April untermauerte das State Department in seinem jährlichen »Compliance«-Bericht die Vorwürfe und teilte mit, dass es Russland genaue Informationen über das nicht vertragskonforme System zugeleitet habe. Es ginge um den Marschflugkörpers vom Typ SSC-8. So habe man Moskau die russische Typennummer des verwendeten Abschusssystems ebenso übermittelt wie die Namen involvierter Firmen und Daten zur Entwicklungsgeschichte, inklusive Testkoordinaten und Schilderungen russischer Vertuschungsversuche. Am 24. Februar sagte US-Präsident Donald Trump, dass Russlands Verletzung des INF-Vertrags für ihn »eine große Sache« (»a big deal«) sei. Bei einem möglichen Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin werde er das Thema ansprechen.

Die Antwort des US-Kongresses war deutlich und harsch. Beide Häuser diskutieren den »INF Treaty Preservation Act«. Der Gesetzentwurf fordert eine militärische Reaktion der USA, um Russland zu einer Rückkehr zum INF-Vertrag »zu ermutigen«. Tatsächlich geht es den Abgeordneten wohl eher um den Rückzug der USA aus dem Abkommen. So sollen die Vereinigten Staaten einen landgestützten, mobilen, nuklearwaffenfähigen Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 5500 km entwickeln und binnen eines Jahres auch erproben. Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km sollen den Verbündeten zur Verfügung gestellt werden. Der Entwurf sieht für 2018 Ausgaben von bis zu 500 Millionen US-Dollar vor, die für Mittel zur Bekämpfung mobiler Marschflugkörper vorgesehen sind. Zudem soll das Pentagon weitere Raketenabwehrsysteme zum Schutz von US- und Nato-Truppen entwickeln. Vorgeschlagen wird auch die offensive Nutzung von SM-3-Raketen, die unter anderem im Rahmen der Nato-Raketenabwehr in Europa stationiert sind.

Ein solcher Schritt würde russische Behauptungen stützen, die USA und die Nato wollten Raketenabwehrsysteme auch offensiv nutzen. Konkret hatte Russland bereits 2014 auf die amerikanischen Vorwürfe der Vertragsverletzung reagiert, indem es seinerseits unter anderem geltend machte, eine Nato-Raketenabwehrbasis in Rumänien könne auch zum Abschuss von Marschflugkörpern dienen. In der Tat verwenden die USA dort Senkrechtstartanlagen vom Typ Mk-41, die geeignet sind, seegestützte Marschflugkörper abzufeuern. Da diese Systeme sich nun an Land befinden, sind die russischen Anschuldigungen, es handele sich um die nicht vertragskonforme Dislozierung eines Systems zum Einsatz landgestützter Marschflugkörper, aus technischer Sicht schwer zu entkräften.

Folgen für Sicherheit und Rüstungskontrolle

Eine Verletzung des INF-Vertrags hat weitreichende Folgen für die Sicherheit in Europa.

Ein Scheitern des 1987 abgeschlossenen INF-Vertrags würde allerdings die Rüstungskontrolle in Europa weit zurückwerfen. Auf der Basis dieses Vertrags wurden Anfang der 1990er Jahren weitere Rüstungskontrollabkommen in Europa vereinbart. Auch diese Verträge sind in schweres Fahrwasser geraten. Seit 2007 setzt Russland den KSE-Vertrag über die Begrenzung konventioneller Waffensysteme nicht mehr um. Ebenfalls umstritten ist die Implementierung des Vertrags über den Offenen Himmel, der im OSZE-Raum für mehr Transparenz sorgen soll, indem die Mitgliedstaaten gemeinsame Überflüge unternehmen.

Würde der INF-Vertrag fallen, ist nicht nur eine Aufrüstung landgestützter Mittelstreckenwaffen zu befürchten. In den USA und in Russland gibt es Stimmen, die eine Verbindung auch zum New START-Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen herstellen. Scheitert der New START-Vertrag oder sollte seine Laufzeit, die 2021 endet, nicht mehr verlängert werden, gäbe es keinerlei quantitative Obergrenzen für Atomwaffen mehr.

Den INF-Vertrag retten

Der Nato dürfte eine neue Nachrüstungsdebatte ins Haus stehen, sollten sich die amerikanischen Vorwürfe erhärten. Bis dahin sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die dazu dienen, ein neues nukleares Wettrüsten in Europa zu vermeiden. Auf der Grundlage des INF-Vertrags ist dies sicherlich einfacher zu bewerkstelligen als ohne ihn.

Auszüge aus SPW aktuell 32, 2017 Dr. Oliver Meier. Vollständiger Text: „Zuspitzung im Streit um den INF-Vertrag"
www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A32_mro.pdf

INF – Vertrag in Gefahr

Im September hat der US Senat über den Haushalt für das Jahr 2018 abgestimmt. Der Entwurf sieht 65 Millionen US-Dollar für einen bodengestützten, nuklearfähigen Marschflugkörper (GLCM) vor, mit der durch den INF-Vertrag verbotenen Reichweite. Das Repräsentantenhaus stimmte 25 Millionen US-Dollar für ein nicht-nukleares GLCM System zu, das aber ebenfalls gegen den Vertrag verstößt. Vom Präsidenten wird ein Bericht über die Vertragstreue Russlands gefordert, das die Verlängerung von New START verbietet, falls Russland seinen Vertragsbruch fortsetzen würde. Nach den Auswirkungen der Abstimmung im Senat gefragt, sagte der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, am 9. September: „Wir müssen verstehen, was es bedeutet und diese Informationen analysieren. Russland behält seine Verpflichtung zu allen internationalen Abkommen."

Fehlende Wertschätzung

Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) erklärt, dass es ein großer Fehler sei, dass „der INF-Vertrag heute nicht mehr besonders wertgeschätzt werde". Er sieht als Problem, dass beide Seiten zunehmend einander misstrauen: „Konventionelle Rüstungskontrolle wird nicht ernstgemeint und es wird nicht auf russische geopolitische Interessen eingegangen. Der Mangel an Vertrauen führe dazu, dass die Rüstungskontrollvereinbarungen, die beide Seiten abgeschlossen haben, heute geringer geschätzt werden."

Versagen

Während seiner letzten Tage im Amt sprach deshalb Außenminister Sigmar Gabriel eine deutliche Warnung aus: Es sei wahrscheinlich, „dass wir in Europa neue nukleare Mittelstreckenwaffen sehen werden". Europa sei gerade mit „der Zerstörung all der Erfolge bei Rüstungskontrolle und Abrüstung konfrontiert, die in den 80er und 90er Jahren erreicht wurden". Gabriels Warnung ist das Eingeständnis eines völligen Versagens der beiden letzten Bundesregierungen durch Passivität in Sachen nukleare Rüstungskontrolle. Sie versteckten sich hinter der alleinigen Zuständigkeit der USA, denen die Waffen ja gehören, und hinter einer Nato, die Abrüstung ja „einstimmig" beschließen müsse. **[WSH]**

Quellen: Arms Controll Today; Russia Today

Auftakt am Brandenburger Tor bei der US-Botschaft Foto: ICAN

700 Menschen verbinden die Botschaften der USA und Nordkoreas

Mit einer ein Kilometer langen Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und Nordkoreas haben rund 700 Menschen am 18. November in Berlin ein Zeichen gegen atomare Aufrüstung und die Gefahr eines Atomkrieges gesetzt. Dabei haben als Donald Trump und Kim Jong Un verkleidete Friedensaktivisten zwei nachgebaute Atombomben in Originalgröße die Strecke entlang geschoben. Mit der Aktion verbindet ein breites Bündnis von Friedens-, Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen die Forderung an die künftige Bundesregierung, dem UN-Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen beizutreten und die US-Atombomben aus Deutschland abzuziehen.

Sacha Hach von der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) fordert: *„Die Eskalationspolitik von Donald Trump und Kim Jong Un ist falsch. Diese beiden Machthaber nehmen die ganze Welt in Geiselhaft, um ihre unverantwortliche Politik zu betreiben. Die überwiegende Meinung der Menschen in Europa und in den USA ist: Hört auf, mit dem Feuer zu spielen. Wir müssen zurück zu einer Politik von Abrüstung und Entspannung."* Martin Hinrichs (ICAN) sagt: *„Der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zeigt, dass der Besitz von Atomwaffen und das Konzept der Abschreckung keine Sicherheit bringen – im Gegenteil: Diese Massenvernichtungswaffen gefährden die ganze Welt und gehören daher verboten."*

Bei der Aktion ging die Forderung der Friedensaktivisten zumindest als Theater in Erfüllung: Am Brandenburger Tor haben zwei Menschen mit Masken von Bundeskanzlerin Angela Merkel und UN-Generalsekretär António Guterres symbolisch eine Atomrakete zerstört und dann das Atomwaffenverbot unterschrieben.

Mutlanger Manifest 2017

Die Mayors for Peace aus dem Ostalbkreis werden zum 30. Jahrestag des INF-Vertrag das Mutlanger Manifest, das vor zehn Jahren geschrieben wurde, aktualisieren. Die Zahl der Atomwaffen wurde seit dem reduziert, aber die Pläne zur technischen Aufrüstung auch für die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen weiter vorangetrieben. Die Sorge um den Fortbestand des INF-Vertrages und einer Wiederauflage einer "Nachrüstungsdebatte" ist gewachsen. Sie ist verbunden mit der Befürchtung, dass bei einer Eskalation internationaler Konflikte die nukleare Schwelle durch verantwortungslose Präsidenten und Militärs überschritten werden könnte.

Die Kernanliegen des Manifestes sind:

- Der INF-Vertrag muss erhalten bleiben
- Der Atomwaffenverbotsvertrag muss in Kraft treten

Es wird am 5. Dezember im Mutlanger Rathaus von den Erstunterzeichnern unterschrieben. Dann werden weitere Unterzeichner von den weiteren ehemaligen Stationierungsorten in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Italien gesucht. Kontakte in die USA und Russland sollen geknüpft werden. Bei der PrepCom zum Atomwaffensperrvertrag Ende April in Genf, wird es – so der Plan – als Grundlage für eine Begleitveranstaltung dienen und ebenso für eine Aktion in Büchel. **Das Mutlanger Manifest liegt diesem FreiRaum bei.**

Beilage FreiRaum Nr. 4 / Dezember 2017 www.pressehuette.de

Aus Oslo der Nobelpreis, aus Aachen der Friedenspreis und aus Cochem ein Strafbefehl

Was ist schon ein Hausfriedensbruch gegen die drohende Zerstörung unserer Welt?

Mit gewaltfreiem, zivilen Ungehorsam richtet das Jugendnetzwerk für politische Aktion (JUNEPA) den Fokus auf Unrechtsorte – hier den Fliegerhorst Büchel. Die jungen Aktivisten wurden mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Foto: JUNEPA

Als eine weltweite Ärzteorganisation mit dem ungelenken Namen IPPNW im Jahr 1985 den Friedensnobelpreis erhielt, waren die Reaktionen außerordentlich heftig. IPPNW steht für International Physicians for the Prevention of Nuclear War. Besonders lautstark kritisierten der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der damalige CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß und der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Preisverleihung in Oslo. Sie bezeichneten diese weltweit gegen die atomare Kriegsgefahr tätige Vereinigung von über hunderttausend Ärztinnen und Ärzten in West und Ost als „Weltverschwörer gegen das christliche Abendland", die „im Vorfeld kommunistischer Frontorganisationen tätig" seien. Über allem wehte damals noch der Wind des kalten Krieges. Das Nobelpreis-Komitee aber antwortete Helmut Kohl damals lapidar, dass vor ihm erst einmal ein deutscher Kanzler gegen eine Friedenspreisverleihung protestiert habe, nämlich Adolf Hitler gegen die Auszeichnung des KZ-Insassen Carl von Ossietzky im Jahr 1935.

32 Jahre nach der IPPNW erhielt nun vor 14 Tagen eine Organisation mit dem Namen ICAN den Friedensnobelpreis. ICAN steht für International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Die ICAN wurde vor zehn Jahren von zwei australischen Ärzten der IPPNW, Tilman Ruff und Bill Williams, gegründet. Zu ICAN gehören heute 468 Organisationen in über 100 Ländern der Welt. Im Juli 2017 wurde unter dem Dach der Vereinten Nationen ein Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 122 Nationen unterzeichnet, was vor allem ein Erfolg der unermüdlichen Arbeit von ICAN war. Diesmal machte sich die Bundesregierung nicht mit Protesten lächerlich, sondern mit einer halbherzigen Gratulation: Im gleichen Atemzug wurde die Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages abgelehnt. Atomwaffen seien für Deutschland unverzichtbar zur Aufrechterhaltung eines „nuklearen Gleichgewichts". Deutschland ist zwar keine Atommacht wie Frankreich oder Großbritannien, trotzdem sind in Deutschland aber Atomwaffen der USA bzw. der NATO stationiert. Sie befinden sich im Fliegerhorst Büchel, unweit des schönen Städtchens Cochem an der Mosel. Deswegen ist Büchel mit einem Protestcamp am Tor, mit Mahnwachen, mit kulturellen Veranstaltungen und Aktionen des zivilen Ungehorsams erneut zu einem politischen Brennpunkt der Friedensbewegung, also auch von ICAN und der IPPNW geworden. Vor mehr als 30 Jahren war ein solcher Protest in Mutlangen schon einmal erfolgreich, da waren aber auch Heinrich Böll, Walter Jens, Volker Schlöndorff, Günther Grass und Rolf Hochhuth mit dabei. Die Aufmerksamkeit war groß. Der bislang weitgehend unbeachtete Protest von heute hat die gleichen Ziele wie damals, nämlich den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Ächtungsvertrag, den Stopp weiterer nuklearer Modernisierung und Aufrüstung und den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Vor einem Jahr gelang es den Demonstranten sogar, mit Luftballons und Transparenten auf das militärische Sperrgebiet der Start- und Landebahn des Luftwaffenstützpunktes Büchel vorzudringen. Zu den Protestierern gehört auch die JUNEPA, das Jugendnetzwerk für politische Aktion, das gerade mit dem diesjährigen Aachener Friedenspreis ausgezeichnet worden ist. Mit dabei war da auch der IPPNW-Arzt Ernst-Ludwig Iskenius, zu Hause in Villingen-Schwenningen Koordinator des Vereins Refugio, der traumatisierte Flüchtlinge betreut. Vom Amtsgericht Cochem ist Ernst-Ludwig Iskenius deswegen jetzt wegen Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt worden.

Aus Oslo kommt der Nobelpreis, aus Aachen kommt ein Friedenspreis, und vom Amtsrichter in Cochem kommt ein Strafbefehl. Aber was ist schon Hausfriedensbruch gegen die drohende Zerstörung unserer Welt? Bei einem Atomkrieg wird es keine ärztliche Hilfe mehr geben. Es gibt keine Behandlung. Es ist keine Rettung möglich. Deswegen sagt es die IPPNW immer wieder: Wir werden Euch nicht helfen können!

Kolumne von Dr. med. Bernd Hontschik zuerst erschienen in der Frankfurter Rundschau 21.10.2017

Pressehütte

Am 9. August, dem letzten Tag der eskalierenden Fastenaktion, ging die Aktionspräsenz zu Ende

20 Protestwochen gegen 20 Atomwaffen! Bilanz der Aktionspräsenz in Büchel 2017

Das Atomwaffenverbot begleitete die diesjährige Aktionspräsenz. Ihr Beginn fiel zusammen mit dem Start zu den inzwischen erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot.

Er war ein toller Erfolg: Alle BürgermeisterInnen der größeren Städte rund um Büchel wie Frankfurt, Mainz, Köln, Bonn, Koblenz etc. haben die Beteiligung Deutschlands an den Verhandlungen gefordert und dieses in Grußbotschaften oder durch Fotos mit symbolischen Ortschildern zum Ausdruck gebracht.
Die Auftaktblockade der vier wichtigsten Zufahrtstore am darauffolgenden Morgen und zum Dienstbeginn der SoldatInnen setzte das richtige Zeichen zum Beginn der internationalen Verbotsvertragsverhandlungen der Staatengemeinschaft in der UN, die genau am 27. März - ohne eine/n VertreterIn aus Deutschland – begann.

Verstärkung aus den USA

Direkt nach dem erfolgreichen Abschluss der Verbotsvertragsverhandlungen kam vom 12.-18. Juli eine elfköpfige US-Delegation nach Büchel. Darunter zwei Nonnen, die Schwestern Ardeth Platte und Carol Gilbert. Sie haben beide an den Verbotsvertragsverhandlungen in New York teilgenommen und saßen für ihre Pflugschar-Aktionen in den USA jeweils für 7,5 Jahre im Gefängnis. Sie hatten u.a. Minuteman III Atomraketen-Silos mit Hämmern bearbeitet und ihr Blut darauf verteilt.
Das Camp füllte sich mit holländischen Catholic Workers, belgischen und französischen AktivistInnen, dem Internationalen Workcamp des Internationalen Versöhnungsbunds und der Friedenswerkstatt Mutlangen, Aktiven der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen GAAA und anderen. Drei Go-In Aktionen, eine Voll-Blockade der wichtigsten Zufahrtstore, Mahnwachen und Vorträge bestimmten unsere Woche.
Am Samstag, den 15. Juli, spielten Konstantin Wecker und viele regionale MusikerInnen vor über 300 Menschen am Haupttor. Es war der Haupttag unserer bundesweiten Kampagne. Bewegende Momente, in denen unerwartet zwei Bürgermeister für den Frieden aus der Umgebung, der Verbandsbürgermeister Albert Jung aus Kaisersesch und der Oberbürgermeister Wolfgang Treis aus Mayen, mit dem Fliegenlassen von weißen Tauben ihre Solidarität mit uns ausdrückten!

Höhepunkt die Internationale Woche

Der 16. Juli gilt bei den Native Americans als Internationaler Tag für *„Aktionen gegen die atomare Kette“*: An diesem Tag wurde die erste Atombombe Trinity in New Mexiko gezündet und am 16. Juli 1979 gab es den größten Unfall weltweit in der Uranmine Church Rock in New Mexiko, beides Gebiete der Diné Native Americans.
So hielten 60 Menschen am Sonntag eine Andacht, in der wir Brot miteinander teilten. Anschließend drangen über 30 Personen durch das Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt Büchel ein. Einige Aktive versuchten ihr Brot mit den Soldaten zu teilen, andere legten Brot auf die drei Kampfflugzeuge im Eingangsbereich. Symbolisch sollten diese Flieger *„Brot statt Bomben“* an/auf die Menschen verteilen!
Die Nonnen forderten, den Kommodore der Basis sprechen zu können, um ihm den Verbotsvertrag überreichen zu können. Sie verlasen den Inhalt immer wieder laut gegenüber den Soldaten. Nachdem die Polizei anrückte und Personalien feststellte, wurden alle Teilnehmenden wieder durch das Haupttor entlassen.

Den Verbotsvertrag übergeben

Am 17. Juli, früh morgens zu Dienstbeginn, wurden die drei wichtigsten Zufahrtstore von Büchel blockiert. Die beiden Nonnen verlangten von der Polizei, den leitenden Verantwortlichen des Luftwaffen-Stützpunktes Büchel herzubitten, da sie ansonsten nicht freiwillig aufstehen würden.

Blockade von Junepa, Ostermarsch und Segen des Bischofs für den Bildstock auf der Friedenswiese **Fotos: Kampagne und Junepa**

Tatsächlich kam erstmalig der Verantwortliche Oberstleutnant Gregor Schlemmer, der auch das Atombomben-Jagdbomben-Geschwader 33 leitet, zu den BlockiererInnen. Er nahm nach einem Gespräch den Verbotsvertrag entgegen, woraufhin die US-Delegation sich aus der Blockade entfernte. Die weiteren Blockierenden ließen sich beiseite tragen.

Brot statt Bomben

Nachdem sie zwei Außenzäune sowie anschließend zwei weitere Zäune aufgeschnitten hatten, die um den großen, mit Erde bedeckten Bunker stehen, saßen die fünf AktivistInnen über eine Stunde unentdeckt auf Atombomben-Flugzeug-Shelter. Die Gruppe wurde erst bemerkt, als zwei von ihnen herunterkletterten, um *„DISARM“* (Abrüsten) auf die Metalltür des Bunkers zu ritzen. Dies löste einen Alarm aus. Umgeben von Fahrzeugen und Wachmännern, die sich u.a. mit Nachtsichtgeräten und Taschenlampen auf die Suche machten, machten sie die Wachmänner schließlich selber auf sich aufmerksam, indem sie zu singen begannen. Steve Baggarly aus Virginia; Susan Crane aus Kalifornien; John LaForge und Bonnie Urfer, beide aus Wisconsin sowie Gerd Büntzly aus Deutschland sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme: *„Wir sind gewaltfrei in den Fliegerhorst Büchel eingedrungen, um die Atomwaffen, die hier gelagert werden, anzuprangern. Wir bitten Deutschland, entweder die Waffen unschädlich zu machen oder sie in die USA zurückzuschicken, damit sie dort abgerüstet werden.“* Nach einer weiteren Stunde, in der man sie durchsuchte und fotografierte, wurden die fünf durch den Haupteingang des Militärstützpunktes wieder entlassen.

Viele kleine Aktionen

Auch dieses Jahr nahmen wieder viele kleinere Friedensorganisationen an Mahnwachen und Blockaden teil. Auffällig war, dass die Gruppen, die letztes Jahr bereits dabei waren, wie z.B. die DFG-VK Köln, Bonn goes Büchel, das Grundrechtekomitee u.a., jetzt in größerer personeller Anzahl und mit jüngeren Menschen viel selbstbewusster Blockaden durchführten. Die erworbene Ortskenntnis und das Einschätzen des polizeilichen Verhaltens führte zu mehr Sicherheit für die Protestierenden. Immerhin gab es in den letzten 20 Jahren noch kein Verfahren gegen BlockiererInnen in Büchel. Auch das Pazifik Netzwerk e.V. traute sich erstmalig im Namen des Verbandes – nicht nur als dessen Mitglieder – an der Aktionspräsenz teilzunehmen.

Vorstandsitzung im Friedenscamp

Die Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges IPPNW hielten während ihrer einwöchigen Anwesenheit ein internationales Symposium und ihre jährliche Vorstandssitzung im Camp am Haupttor ab und beschlossen, ab jetzt bis zum Abzug der Atomwaffen jedes Jahr ihre Vorstandssitzung in Büchel zu machen. Erstmalig blockierten sie mit Lock-on's, d.h. die Arme der Blockierenden waren in Rohren miteinander verbunden, was eine Räumung erschweren soll. Und auch die DKP kam dieses Jahr länger und an einem Dienstwechsel-Wochentag, und erstmalig mit ihren jüngeren GenossInnen aus der SDAJ, die auch mit eigenen Lock-on's sehr erfolgreich blockierten: Wartend auf die Polizei, die die Blockaden räumen sollten, standen die Soldaten in größeren Menschentrauben an den verschiedenen Zufahrtstoren!

Besuch des Bischofs

Über 40 Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens nahmen an der Aktionspräsenz teil. Wichtig dabei auch kirchliche Vertreter wie der Pfarrer Rainer Schmid mit Kreuz auf der Verkehrsinsel am Haupttor oder die Fastenkampagne von Pfarrer Matthias Engelke. Besondere Bedeutung hatte Bischof Stephan Ackermann aus Trier mit einer Andacht auf unserer Friedenswiese. Diese Andacht, das Konzert von Konstantin Wecker und die internationalen Aktionen haben das Thema in den rheinland-pfälzischen Medien auf sehr hohem Niveau gehalten!

Den Druck verstärken

Ich kann als Mitwirkende des Kampagnenrates der Kampagne Büchel ist über-all-atomwaffenfrei.jetzt! sagen, dass die diesjährigen Aktionen meine Erwartungen weit übertroffen haben und wir mit den Selbstverpflichtungs- und Solidaritätserklärungen weitere Aktionen an unserem Symbolort Büchel organisieren müssen. Wir müssen noch mehr Druck auf unsere Regierung für den endgültigen Abzug der Atombomben aufbauen, auch um die geplante technische Aufrüstung der Atomwaffen hier und international zu verhindern! Und Deutschland muss natürlich jetzt dem Verbotsvertrag beitreten!

Marion Küpker, Internationale Koordinatorin gegen Atomwaffen der DFG-VK

Büchel vor Gericht: 2017 neun Verurteilungen und ein Freispruch

2016 gab es „nur" zwei Gerichtsverhandlungen infolge von Büchel-Aktionen. Bis Oktober 2017 waren es in diesem Jahr schon neun Verurteilungen in fünf Verhandlungen und ein Revisionsbeschluss.

Die jungen Leute von Junepa standen wegen der Aktion auf der Rollbahn vor dem Amtsgericht Cochem **Foto: Junepa**

Flugblattaktion: Erneut freigesprochen

Im Februar stand Hermann Theisen zum wiederholten Male im Amtsgericht von Cochem vor dem Kadi. Es ging mal wieder um seine Flugblattverteilungen. Schon in 2014 und 2015 hatte er mehrmals Handzettel verbreitet, mit denen er Angehörige des Bücheler Luftwaffengeschwaders dazu aufrief, die Öffentlichkeit über die dort stationierten Atombomben zu informieren. Zwischenzeitlich war er deshalb zu zwei Geldstrafen von zusammen 3.600 Euro wegen Aufforderung zum Geheimnisverrat verurteilt worden, und die Staatsanwaltschaft hatte sogar einmal eine dreimonatige Haftstrafe für ihn beantragt. Dann aber hatte das Landgericht Koblenz diese Verurteilungen aufgehoben und ihn freigesprochen. Und weil er in 2016 den Aufruf wieder verbreitet hatte, sollte ein bereits eingeleitetes drittes Verfahren gegen ihn *„wegen Geringfügigkeit"* eingestellt werden. Darauf ließ er sich aber nicht ein, weil er nochmals einen "sauberen" Freispruch wollte. Und den bekam er denn auch in Cochem am 6.2.2017.

Zaunschneiden: Verurteilt wegen Sachbeschädigung

Fünf Tage vorher war es dem Verfasser dieser Zeilen bei demselben Cochemer Amtsrichter anders ergangen: Ich war wegen Sachbeschädigung angeklagt, weil ich am letzten Tag unserer Bücheler Aktionspräsenz 2016 den Zaun des Fliegerhorsts aufgeschnitten hatte – *„ein kleiner bescheidener Beitrag zur Abrüstung von unten"*. Meine ausführliche Verteidigungs-Erklärung habe ich schon vor der Verhandlung ins Internet gestellt, auch als Anregung für spätere angeklagte Aktivist*Innen – sie kann auf der gaaa.org-Seite im Menüpunkt *„Rede vor Gericht"* nachgelesen werden. Im Amtsgericht wurde ich zu einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen verurteilt, legte Berufung ein, das Landgericht Koblenz bestätigte im April das Urteil. Ich ging in Revision, die im Juli vom Oberlandesgericht Koblenz abgewiesen wurde. Damit war meine Strafe rechtskräftig und es begann das Vollstreckungsverfahren. Ich weigerte mich, die Geldstrafe und die Verfahrenskosten, zusammen 1.159 Euro, zu bezahlen, so dass mir das *„zwangsweise Einziehen"* des Betrags angekündigt wurde. Ein Pfändungsversuch hat aber (noch) nicht stattgefunden, denn zunächst habe ich in einem Offenen Brief einen Antrag auf Straferlass gestellt, weil sich am 7. Juli mit dem UNO-Beschluss eines Atomwaffen-Verbotsvertrags ein nochmaliger Rechtfertigungsgrund für meine verurteilte Handlung ergeben hat.

Protest auf der Startbahn: Verurteilt wegen Hausfriedensbruch

Am 12. September 2016, also wenige Wochen nach meiner oben erwähnten Aktion, ist es acht Aktivist*Innen gelungen, in den Fliegerhorst Büchel hineinzugehen und dort die Startbahn zu besetzen. Im September und Oktober 2017 hatten auch sie in Cochem Verhandlungen. Zunächst waren sie nicht nur wegen Hausfriedensbruchs, sondern auch wegen Sachbeschädigung angeklagt, aber dieser Vorwurf löste sich in Luft auf, als sich herausstellte, dass sie den Zaun nicht mal hatten aufschneiden müssen, um in das Militärgelände zu gelangen. Sieben erhielten Geldstrafen von je 30 Tagessätzen; die achte Person bekam noch mal 30 zusätzlich wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte bei der Personalienfeststellung. Sie haben angekündigt, gegen die Verurteilungen Berufung einzulegen. Die Prozesse werden also weitergehen.

Martin Otto
Rechtshilfe der GAAA (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen)

Nächster Prozesstermin

Gerd Bünztly aus Herford steht Anfang nächsten Jahres vor Gericht. Er ist mit US-Friedensbewegten in den Fliegerhorst Büchel eingedrungen. Sie schrieben "DISARM" auf einen Bunker bei dem die Atomwaffen gelagert werden könnten. Sein Prozess findet am 17.1.2018 um 13.30 Uhr vor dem Amtsgericht Cochem statt. Es wäre schön, wenn dieser Prozess mindestens genauso viel Aufmerksamkeit erwecken wird wie der Junepa/IPPNW-Prozeß im September und Oktober. Es wird überlegt, an diesem Tag eine Solidaritätsaktion des Zivilen Ungehorsams am Atomwaffenstützpunkt durchzuführen. Denn die Atomwaffenpolitik der kommenden Regierung wird sich wohl nicht ändern, so dass wir den Druck erhöhen und mehr Aktionen des Zivilen Ungehorsams durchführen sollten.

Kontakt: Ernst-Ludwig Iskenius
iskenius@ippnw.de

Pressehütte

»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen Versöhnung (www.versoehnungsbund.de) und Spinnrad (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e. V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPDE6AXXX
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!

Friedensweg in Mutlangen

Fotos: ORL

Friedensbewegte erinnern und mahnen vor Atomwaffen

Ohne Rüstung Leben feiert sein 40-jähriges Jubiläum in Mutlangen

Seit 1977 setzen sich unter dem Motto *„Ohne Rüstung Leben"* bundesweit zehntausende engagierte Menschen für Frieden und Gerechtigkeit ein. Initiiert von mehreren Pfarrern wurde die ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben als Nichtregierungsorganisation zu einem tragenden Bestandteil der Friedensarbeit in der Bundesrepublik. Heute ist sie eine wichtige Stimme gegen drohende Aufrüstung und atomare Eskalation.

Friedensweg in Mutlangen zum 40. Jubiläum

Am vergangenen Samstag – dem 23. September 2017 – blickte die Organisation mit einem Friedensweg in Mutlangen auf 40 Jahre zurück. Es war der erste Termin einer Veranstaltungsreihe zu ihrem 40. Geburtstag. Bei strahlend blauem Himmel und sommerlichen Temperaturen kamen 35 Friedensbewegte zusammen, um an die Protestaktionen gegen die in Mutlangen stationierten nuklearen US-Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II zu erinnern.

In einer Zeit, in der sich Nordkorea und die USA gegenseitig mit atomarer Vernichtung drohen, entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihren Erinnerungen auch Perspektiven für die Zukunft. Dafür steht Mutlangen in einer ganz besonderen Form, was zwei Gäste verdeutlichten: Peter Seyfried, von 1986 bis 2016 Bürgermeister von Mutlangen, berichtete von seinen Erlebnissen während der Stationierung der Pershing II-Raketen bis 1987. Stephanie Eßwein, die heutige Bürgermeisterin von Mutlangen, engagiert sich im weltweiten Bündnis der *„Mayors for Peace"* für eine atomwaffenfreie Welt.

Zeitzeugen berichten vom Widerstand

Bei der dreistündigen Wanderung durch die Mutlanger Heide konnte in Augenschein genommen werden, wie sich das ehemalige Militärgelände hin zu einer rein zivilen Nutzung entwickelt hat. Ein idyllisches Wohngebiet und ein Solarpark wurden errichtet – gute Beispiele für die sogenannte *„Konversion"*.

Volker Nick, der seit Beginn der 80er-Jahre regelmäßig an Demonstrationen und Blockaden gegen die atomare Aufrüstung teilnimmt, betonte, dass die Neubauten *„nicht auf irgendeinem ehemaligen Militärgebiet errichtet wurden, sondern auf einem atomaren Massenvernichtungswaffenlager. Hier haben Menschen mit den gewaltfreien Blockaden ihr Leben dem drohenden Atomtod entgegengestellt."*

Auch Martin Otto berichtete als Zeitzeuge vor Ort. Bereits mit 24 Jahren hatte Otto die Selbstverpflichtung von Ohne Rüstung Leben unterschrieben: *„Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird." 1985 wurde er am Nagasaki-Gedenktag bei einer Blockade in Mutlangen zum ersten Mal festgenommen.*

Weg zur atomwaffenfreien Welt ist noch weit

Auch heute noch engagiert sich Martin Otto für eine atomwaffenfreie Welt – in Büchel, wo auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst 20 US-Atomwaffen stationiert sind. *„In Büchel ist es nach wie vor notwendig, Zivilen Ungehorsam zu leisten. Das geschieht zum Teil mit Blockaden, wie es sie auch in Mutlangen gegeben hat. Die Blockaden sind auch heute noch Sand im Getriebe der Militärmaschinerie"*, berichtete Otto vor den verbliebenen militärischen Bunkern auf der Mutlanger Heide.

Ohne Rüstung Leben und die Pressehütte Mutlangen sehen weitere Herausforderungen auf sich zukommen: *„Wir müssen weiter aktiv bleiben: immer noch gibt es Atomwaffen in Deutschland; unsere Regierung unterstützt nicht den UN-Atomwaffenverbotsvertrag und die USA und Nordkorea drohen sich gegenseitig die atomare Vernichtung an. Der Weg bis zur atomwaffenfreien Welt ist noch weit und fordert weiter unser Engagement, "* erklärt Wolfgang Schlupp-Hauck, Vorsitzender der Friedenswerkstatt Mutlangen.

Der Friedensweg wurde gemeinsam veranstaltet von Ohne Rüstung Leben und der Pressehütte Mutlangen. Unterstützt wird der Friedensweg von der Evangelischen Kirchengemeinde, der Gemeinde Mutlangen und dem Bürgermobil Mutlangen.

Blockade der Arche-Freunde: Wolfgang Schlupp-Hauck mit der Spindel in der Hand

Fotos: Pressehütte

Wolfgang Schlupp-Hauck wird 60

Kreativ und unerschrocken für Gewaltlosigkeit

Wolfgang Schlupp-Hauck ist seit 1983 in der Friedensbewegung in Mutlangen aktiv. Seither ist er unermüdlich ehrenamtlich und beruflich tätig zur Förderung der Gewaltfreiheit und für die Abschaffung der Atomwaffen.

Vom Ministrant zum Friedensradler

Geboren wurde Schlupp-Hauck in Mannheim. Die Anfänge seiner Politisierung lagen in der kirchlichen Jugendarbeit. Nachhaltig beeindruckte ihn die Aktion von Misereor *„Anders Leben damit andere überleben"*. So war es nur konsequent, dass er den Kriegsdienst verweigerte und sich mit Friedensthemen auseinandersetzte. Nein zu sagen war ihm nicht genug, daher beschäftigte er sich intensiv mit Gewaltfreiheit. Mahatma Gandhi und Martin Luther King wurden seine Vorbilder. Nach dem Abitur unternahm er Friedensradtouren nach Frankreich in die Arche des Gandhischülers Lanza del Vasto und zum Widerstand gegen einen Truppenübungsplatz auf dem Larzac. Er fuhr auch zu Friedensengagierten in die DDR. Dort wurde er von der Stasi überwacht und erhielt prompt ein Einreiseverbot. Man traf sich dann in der Folge in der CSSR.

Vom Student zum Friedensarbeiter

Er studierte an der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen in Freiburg mit Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit. Auch hier war die Gewaltfreiheit sein Schwerpunkt. Daher entschied er sich für ein Semesterpraktikum bei Pax Christi mit Einsatz in Belfast, um dort die Ideale der Gewaltfreiheit zu überprüfen. Ein weiteres Praktikum absolvierte er bei der Jugendgerichtshilfe in Backnang. Dort schloss er sich einer Friedensgruppe an, mit der er nach Mutlangen kam. Zusammen mit Klaus Vack vom Komitee für Grundrechte und Demokratie organisierte er das Sommercamp zur Vorbereitung der Prominentenblockade. Während der Prominentenblockade brauchte man Telefone für die Journalisten, die damals aus aller Welt anreisten – zu dieser Zeit gab es ja weder Handys noch Internet. Er organisierte dafür eine leerstehende Scheune, von der aus man die Bewegungen der Militärfahrzeuge beobachten konnte, die spätere Pressehütte, und ließ dort sieben Telefone installieren. Noch im gleichen Jahr 1983 betrieb er die Gründung des Vereins Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen und gewann Pfawrrer Hermann Schäufele aus Stuttgart als Vorsitzenden. Dieser Verein erwarb schon im Sommer 1984 mit Spenden und zinslosen Darlehen die Pressehütte, um den Besitzer vor Beschimpfungen und Belästigungen zu schützen. Immer wieder hatte er neue Ideen und engagierte sich weit über das übliche Maß hinaus.

Familienvater und Rechtsberater

Auch nach Abschluss des Studiums 1985 blieb Schlupp-Hauck in Mutlangen. Den sehr bescheidenen Lebensunterhalt für sich, seine Frau und die beiden Töchter erwarb er bis 1991 als Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, Landesgruppe Baden-Württemberg. Wichtig war ihm in dieser Zeit die Prozessbegleitung der Menschen, die im Rahmen der *„Kampagne ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung"* an Blockaden teilgenommen hatten. Er engagierte sich in der Rechtshilfe Mutlangen, die die Blockierer juristisch beriet und Spenden für Prozesskostenbeihilfe sammelte. Bald gab er die *„Mutlanger Rundbriefe"* heraus, mit denen die vielen Hundert Mitglieder des Mutlanger Vereins über die Entwicklungen und Aktivitäten hier informiert wurden. Der Beitritt zum *„Global Network against Weapons in Space"* markiert den Einstieg in die internationale Friedensarbeit. Die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Friedensfreunden mündete in die Gründung des *„Military*

Wolfgang Schlupp-Hauck aktiv: mit dem internationalen Workcamp in der russischen Botschaft (oben); mit seiner Frau Brigitte auf Friedensradtour bis in die Türkei (unten links); mit Inge Jens im Rathaus Stuttgart (unten rechts) Fotos: Pressehütte,privat

Counseling Project", das amerikanische Soldaten beriet, die die US-Army verlassen wollten. Dieses wurde beim Golfkrieg von großer Bedeutung.

Workcamps und Aktionsreisen

Schlupp-Hauck organisierte jedes Jahr ein oder zwei internationale Workcamps, um zur Völkerverständigung beizutragen und die Jugendlichen für ein Engagement gegen die Atomwaffen und für Gewaltfreiheit zu gewinnen. Zur Gewaltfreiheit gehört es, auch mit dem Gegner zu sprechen. So gewann er den Standortskommandanten der Bundeswehr, Oberstleutnant Enzelsberger dafür, dass die Amerikaner einen Vortrag über die Pershing 2 für die Workcampler hielten. Ohne Scheu nimmt er Kontakt mit Diplomaten und ausländischen Botschaften auf. Bald organisierte er auch Jugendaktionsreisen zu den Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag zur UNO in Genf, Wien oder New York. In einem intensiven Training wurden die Jugendlichen davor auf Gespräche mit Diplomaten und auf Aktionen vorbereitet. Beim Bundestag in Berlin lädt er zusammen mit der IPPNW (Ärzte gegen den Atomkrieg) immer wieder zu die abrüstungs- und verteidigungspolitischen Sprecher aller Fraktionen zu Gesprächen ein. Seit 2004 ist er Herausgeber des vierteljährlichen Fachmagazins FreiRaum, seit 2005 auch Vorsitzender der Friedenswerkstatt Mutlangen und 2020 Vision Campaigner der Mayors for Peace, der *„Bürgermeister für den Frieden*", die sich für die Abschaffung der Atomwaffen einsetzen.

Campaigner und Mediator

Es ist erstaunlich, dass alle diese Aktivitäten neben einer erfolgreichen beruflichen Tätigkeit stattfinden. Seit 1991 ist Wolfgang Schlupp-Hauck als Sozialarbeiter im Jugendamt Stuttgart beruflich tätig mit einer vierjährigen Unterbrechung der Tätigkeit in Schwäbisch Gmünd. Er hat sich spezialisiert als Mediator in Strafsachen. Das bedeutet, dass Täter und Opfer im Beisein des Mediators versuchen, eine Lösung und eine Art Wiedergutmachung zu finden, mit der sowohl das Opfer wie auch der Täter leben können. Ein Strafprozess findet dann nicht statt oder die Bemühungen des Täters werden im Urteil berücksichtigt. Seit 2007 war Schlupp-Hauck Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich, 2015 übernahm er dann den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich. Im Auftrag des Justizministeriums Baden-Württemberg koordinierte er das Projekt *„Täter-Opfer-Ausgleich im Justizvollzug*". In ganz Deutschland wird er immer wieder als Referent für Vorträge und Seminare zu diesem Thema eingeladen.

Wir sind dankbar, dass Wolfgang weiterhin unser Impulsgeber in Mutlangen ist, und wünschen ihm zu seinem 60. Geburtstag gute Gesundheit, viel Freude und Kraft für alle seine Aufgaben und Initiativen.

Lotte Rodi

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Pressehütte

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Grafikdesign
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

www.pressehuette.de

2017 Zum Jahreswechsel 2018

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes, erfolgreiches Neues Jahr.

Wir wünschen uns von unseren Leserinnen und Lesern:

- dass wir uns in Büchel bei der Aktionspräsenz wiedersehen,
- dass junge Menschen im Juli an unserem internationalen Workcamp teilnehmen oder es als Teamer mitgestalten wollen (zwei Wochen in Mutlangen und Büchel),
- wie immer Spenden, denn Friedensarbeit kostet Geld.

Wir wünschen:

- den Verletzten Heilung,
- den Gefangenen Befreiung,
- den Politikern Weisheit und Einsicht,

und uns allen, eine gerechtere und friedlichere Welt.

Karikatur: Peter Musil